

direkt 4

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

UMFRAGE

Was bringen Seminare zur Krise?

Seite 2

AKTIONSPLAN

Arbeitgeber in der Pflicht

Seite 3

STICHWORT

Was ist eigentlich Risikomanagement?

Seite 4

WIRTSCHAFTSKRISE

Appell für eine andere Politik

Seite 5

INTERVIEW

Väter und Mütter unterstützen

Seite 5

MASCHINENBAU

Beschäftigung erhalten

Seite 6

GUT GEMACHT!

Mitbestimmung bei MAN exportiert

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Vertragsstrafe hängt von Einzelfall ab

Seite 7

ZU GUTER LETZT

Schichtarbeit

Seite 8

Aktiv aus der Krise

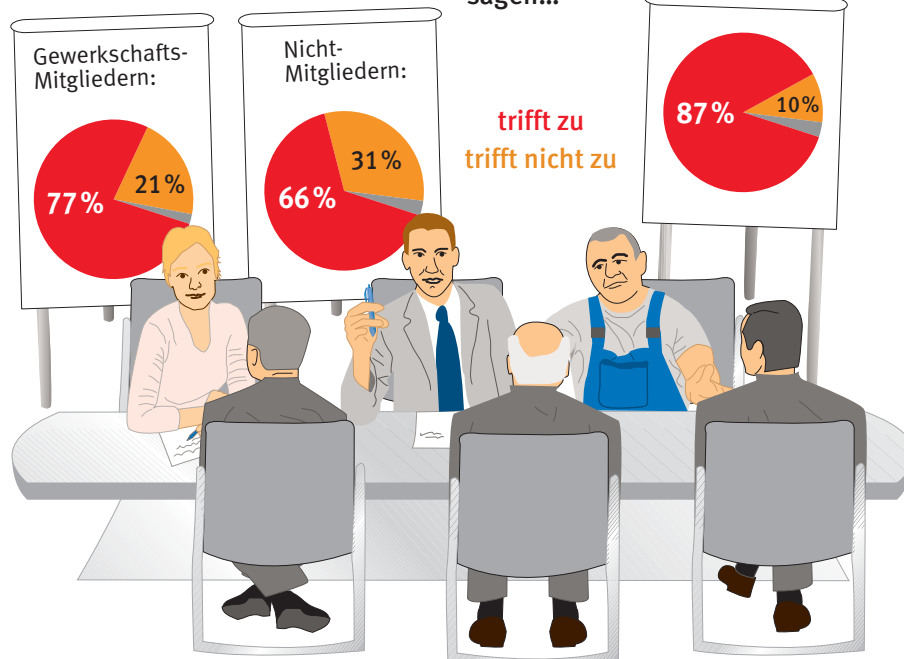
Mehr mitbestimmen

Die Interessen der Beschäftigten müssen Vorrang haben und nicht die Jagd nach kurzfristigen Gewinnen, fordert die IG Metall. Deshalb will sie die Unternehmensmitbestimmung erweitern. Denn wo Arbeitnehmervertreter mitbestimmen, fühlen sich Beschäftigte besser geschützt. | **Mehr auf Seite 3 »**

Mit Demokratie im Betrieb besser geschützt

Mitbestimmung schützt Arbeitnehmer in Krisenzeiten, sagen unter...

Mitbestimmung befördert die Entwicklung von Unternehmen positiv, sagen...



Quelle: polis+sinus 2008 | Hans-Böckler-Stiftung 2009

© direkt 4 | 2009

Extranet

❖ **IG-Metall-Forderung:** Abwrackprämie auch für Kühlschränke

❖ **Vorstandsgehälter:** Millionäre machen Plus

❖ **Wirtschaftskrise:** IG Metall lehnt »Bad Banks« ab

Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst: www.extranet.igmetall.de

Seminare der IG Metall zur Krise – was bringt das?

Die IG Metall bietet viele neue Seminare zum Handeln in der Krise, zu Kurzarbeit und Qualifizierung. Wir haben Teilnehmer gefragt: Welche Seminare habt Ihr besucht? Und was nützt Euch das im Betrieb?

Martina Winzen, Betriebsrat, Dura Auto, Plettenberg:

»Ich war gerade beim Seminar ›Kurzarbeit und Beschäftigungssicherung‹ im Bildungszentrum Sprockhövel. Wir sind seit November in der Kurzarbeit. Ich bin neu im Betriebsrat und das Seminar hat mir viel gebracht. Völlig neu für mich waren die vielen Möglichkeiten zur Qualifizierung in der Kurzarbeit. Interessant war auch zu erfahren, wie es überhaupt zu der Krise kam – und wie andere Betriebe mit der Lage umgehen.«



Foto: Privat

Hans-Peter Schäfer, Betriebsrat, Schunk, Heuchelheim:

»Wir hatten eine IG Metall-Schulung im Betrieb zum Thema Kurzarbeit und Qualifizierung. Mit Vertretern der Bundesagentur für Arbeit. Gemeinsam mit Personalern haben wir Strategien zur Qualifizierung in der Kurzarbeit erarbeitet. Wir haben konzernweit vereinbart: Wir machen alles – Wegebau, Konjunkturpaket II, Europäischer Sozialfonds, um Beschäftigung zu sichern und die Krise sinnvoll zu nutzen.«



Foto: Privat

Tobias Sprenger, Betriebsrat, Digel Herrenmode, Nagold:

»Ich war in einem Seminar zur Kurzarbeit an der Kritischen Akademie Inzell. Bei uns läuft noch keine Kurzarbeit. Aber in dem Seminar haben wir uns schon mal darauf vorbereitet. Wir wissen jetzt, worauf wir achten müssen, um das Beste herauszuholen. Wir haben in Arbeitsgruppen Betriebsvereinbarungen erarbeitet. Die haben wir jetzt in der Schublade, wenn der Arbeitgeber schnell Kurzarbeit einführen will.«



Foto: Privat

Jochen Tombarge, Betriebsrat, Sauer-Danfoss, Neumünster:

»Ein Referent aus Sprockhövel kam zu zu einem Seminar zu uns in die Verwaltungsstelle. Wir rechnen in absehbarer Zeit mit Kurzarbeit und haben uns auf das Antragsverfahren und Betriebsvereinbarungen vorbereitet. Für mich gab es viel neues. Im Seminar waren auch Vertreter der Arbeitsagentur, die unsere Fragen beantworteten.«



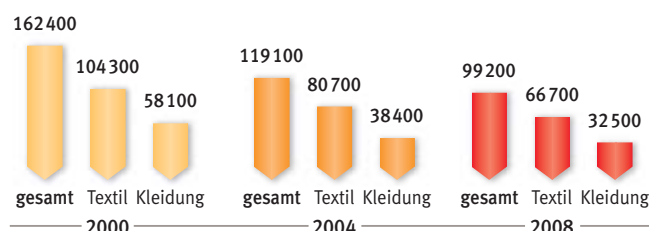
Foto: Privat

Mehr Geld oder eine Beschäftigungszusage

Auch die Textil-Branchen leiden unter der Krise. Vor diesem Hintergrund bewertet IG Metall-Verhandlungsführer Michael Jung das Tarifiergebnis für die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie als »akzeptablen Kompromiss«.

Dramatischer Stellschwund bei Textil

Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie



Quelle: IG Metall FB Wirtschaft Technologie Umwelt

© direkt 4 | 2009

Zustimmung in den Belegschaften, IG Metall-Beiträge – das meldeten Tarifkommissionen nach dem Tarifiergebnis. Die Hauptelemente des Abschlusses:

■ Die Entgelte steigen um 1,5 Prozent. Als soziale Komponente gibt es zusätzlich einen Festbetrag von 40 Euro, Azubis 20 Euro, der die Entgelte der Azubis und Arbeitnehmer mit niedrigem Lohn überproportional steigen lässt. Beides gibt es ab Januar 2010 und beides ist tabellenwirksam. Das Urlaubsgeld steigt ab 2010 um 1,5 Prozent.

■ Von Mai bis Dezember 2009 werden pro Monat 42,50 Euro Einmalzahlung fällig. Eine weitere 2011: 99 Euro für Januar

und Februar. Azubis erhalten je 50 Prozent.

■ Die Einmalzahlungen sind nicht auf Tarifierhöhungen anrechenbar und bei Kurzarbeit nicht kürzbar. Sie können aber dieses Jahr (außer bei Azubis) verschoben oder gestrichen werden – wenn eine Firma wirtschaftliche Schwierigkeiten hat und als Gegenleistung klare Beschäftigungszusagen vereinbart. Auch die 1,5 Prozent können, Zusagen vorausgesetzt, bis Ende 2010 verschoben werden.

■ Noch nicht erreicht wurde eine Übernahme für Azubis und eine Lösung zum Altersausstieg. Damit soll sich jetzt eine Expertenkommission befassen. ■

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)

Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus **Bildredaktion:** Michael Schinke

Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-66 93-22 24,

Fax: 069-6693-25 38, vertrieb@igmetall.de

Druck: apm AG, Darmstadt, Anzeigen: Patricia Schledz,

Tel.: 06151-8127-0, Fax: 06151-80 93 98, schledz@zweiplus.de

direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt

Telefon der Redaktion: 069-6693-2633, Fax: 069-6693-2000

E-Mail: direkt@igmetall.de

Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

IG Metall fordert Beitrag der Arbeitgeber zur Krise

In der Krise müssen die Arbeitgeber ihren Beitrag leisten, auch wenn er Geld kostet. Die IG Metall wird ihn einfordern, notfalls im Konflikt. Deshalb gilt jetzt: Durchstarten und sich einmischen. Denn es kommt auf jede Stimme an.

In der Krise will die IG Metall den Spieß umdrehen. »Jetzt müssen die Arbeitgeber einen finanziellen Beitrag leisten, um alle Beschäftigten an Bord zu halten«, forderte Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender. Dabei machte Wetzels klar, dass die IG Metall keinen Konflikt scheuen werde, sollten die Arbeitgeber nicht bereit sein, Beschäftigung zu sichern. Wenn sie stattdessen Stellen streichen oder Tarifierhöhungen verschieben wollen, wird die IG Metall mit inner- und außerbetrieblichen Aktionen antworten.

Mehr Demokratie. Die IG Metall hat einen Aktionsplan vorgelegt, um die Krise zu überwinden. Darin fordert sie, das Aktienrecht zu ändern: Vorstand und Aufsichtsrat müssen sich auch dem Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit verpflichten.

Auch die Unternehmensmitbestimmung müsse erweitert werden. Für alle Firmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, soll ab 1000 Beschäftigte die paritätische Mitbestimmung gelten – bisher gilt sie ab 2000 Beschäftigte. Und bei der drittelparitätischen Mitbestimmung soll die Grenze für Unternehmen von 500 auf 200 Beschäftigte gesenkt werden.

Damit die Krise die industrielle Basis nicht zerstört, will die IG Metall einen Rettungsschirm für Unternehmen spannen. Dafür fordert sie, einen Beteiligungsfonds mit 100 Milliarden Euro einzurichten, um

Aktionsplan

Die IG Metall hat einen Aktionsplan, um die Krise zu überwinden. Alle Vorschläge zum Nachlesen unter:

- www.extranet.igmetall.de
- Themen
- Wirtschaft
- Konjunktur

Mehr gutes Leben

Ein gutes Leben ist möglich. Was dazu gehört? Einfach mal ins Internet schauen:

- www.gutes-leben.de

Betriebe abzusichern. »Die Bundesregierung ist kein Zaungast der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie darf nicht nur kommentieren, sie muss handeln«, sagte der Erste Vorsitzende, Berthold Huber. Die IG Metall informiert alle Beschäftigten mit einem Flyer, der ab Montag in den Betrieben ist.

Damit die Politik endlich in Bewegung kommt, müssen die Metallerinnen und Metaller in den Betrieben durchstarten und sich jetzt in die Auseinandersetzung um eine lebenswerte Zukunft und sichere Arbeitsplätze einmischen. Ihre Stimme zählt bei der Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«. Bei der Befragung können Metallerinnen und Metaller entscheiden, was für sie wirklich wichtig ist. Auch im Internet kann jeder abstimmen – beim »Frankfurter Appell«. Darin fordert die IG Metall ein Umdenken auf allen Ebenen. (Mehr dazu Seite 5). ■

Aktiv aus der Krise – Für ein gutes Leben

Fragebogen und Flyer – so geht's

- »Was ist dir wichtig?« Diese Frage will die IG Metall jedem stellen. Jetzt startet die Befragung zur Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«. Für Betriebsräte und Vertrauensleute liegen die Fragebögen in den Verwaltungsstellen bereit.
- In einem Flyer hat die IG Metall ihre Forderungen auf den Punkt gebracht. Er wird am Montag in die Betriebe geliefert und kann verteilt werden. Eine gute Gelegenheit, um mit Kollegen ins Gespräch zu kommen und Nicht-Mitglieder für die IG Metall zu gewinnen.

RENTEN

Abschläge sind zulässig

Wer nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit eine vorzeitige Altersrente bezieht, muss mit Abschlägen leben. Das entschied das Bundesverfassungsgericht (Az.: 1BvR 1631/04). Der Gesetzgeber hatte die Altersgrenzen 1996 fünf Jahre früher als geplant angehoben. Wer sich auf die spätere Anhebung verlassen hatte, legte auch mit Hilfe der IG Metall Beschwerde ein. Hans-Jürgen Urban, IG Metall-Vorstandsmitglied, kritisiert: »Ältere werden mit Abschlägen bestraft und können nicht raus aus dem Betrieb – und die Jungen kriegen keinen Job.« ■

STAHL-TARIFRUNDE 2009

4,5 Prozent gefordert

Ein Einkommensplus von 4,5 Prozent fordert die IG Metall für die 85 000 Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen. In der aktuellen Krise steht für die IG Metall Beschäftigungssicherung an oberster Stelle. Deshalb fordert sie in der Tarifrunde 2009, den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung zu verlängern und zu verbessern. ■

BAG-ENTSCHEIDUNG

Plus für Mitglieder

Tarifverträge dürfen Mitglieder einer Gewerkschaft bevorzugen, entschied das Bundesarbeitsgericht (Az.: 4 AZR 64/08). Im strittigen Fall ging es um einen Tarifvertrag, der für Mitglieder der Gewerkschaft Verdi eine höhere Leistung vorsah als für Nicht-Mitglieder. Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, begrüßte das Urteil. »Es bestätigt unsere Rechtsauffassung.« ■

FLYER

Beraten in Krisenzeiten

In Krisenzeiten werden Betriebsräte und Vertrauensleute vor die Aufgabe gestellt, mit betroffenen Beschäftigten Beratungsgespräche zu führen. Zur Unterstützung gibt es fünf Faltblätter zu den Themen Aufhebungsvertrag, Kurzarbeit, Beschäftigungssicherung, Firmeninsolvenz und Kündigung. Mitglieder erhalten schnell Antworten auf die wichtigsten Fragen. ■

PDF zum Herunterladen:

► www.extranet.igmetall.de

- Aktive
- Betriebsrat
- Beraten in Krisenzeiten

TAGUNG

Europa neu denken

Bilanz und Perspektiven der europäischen Einigung stehen im Mittelpunkt der 10. Internationalen Konferenz der Otto-Brenner-Stiftung. Vom 15. bis 17. April diskutieren die Teilnehmer in Brüssel, was Gewerkschaften von der europäischen Idee erwarten und wie sie sich ein starkes Europäisches Parlament vorstellen. ■

Mehr Infos unter:

► www.otto-brenner-stiftung.de

AUTOINDUSTRIE

Wandel und Verlagerung

Mit der Lage der Autoindustrie und ihrer Zulieferer befasst sich eine aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Darin geht es um Verlagerung und den Wandel von Arbeitsmodellen in der Autoindustrie in Mittel- und Osteuropa. Ein Ergebnis der Studie lautet: Bei Autoherstellern sind Fälle von Verlagerungen selten. ■

Mehr Infos unter:

► www.otto-brenner-stiftung.de

WAS IST EIGENTLICH ...

Risikomanagement

Vorstände von Aktiengesellschaften sind gesetzlich verpflichtet zu prüfen, welche Risiken für das Unternehmen von ihren Entscheidungen ausgehen können. So steht es im »Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich« von 1998. Danach müssen Unternehmen Überwachungssysteme einrichten, um Risiken früh bewerten zu können und Konsequenzen zu ziehen.

Konkreteres steht nicht im Gesetz. Es ist Aufgabe der Unternehmensführung zu entscheiden, welche Themen mit welcher Priorität beleuchtet werden und wer dafür zuständig ist. Manchmal gibt es dafür eigene Stabsstellen, manchmal erledigt das Controlling oder die Innenrevision das mit.

Die aktuelle Krise zeigt die Grenzen des Systems. Warum Firmen trotz Risikomanagement in die Krise geraten, kann unterschiedliche Ursachen haben: Fehleinschätzungen, nicht voraussehbare Ereignisse, nicht vorhandenes, nicht ausreichendes oder nicht ernst genommenes Risikomanagement.

Material

Krise. Was nun?

Checklisten und »Werkzeuge« zur Analyse der wirtschaftlichen Situation bietet die IG Metall.

»Ist unser Unternehmen von der Finanzmarktkrise betroffen?«:

► www.extranet.igmetall.de

- Themen
- Wirtschaft
- Konjunktur
- Materialien

»Weniger Aufträge. Weniger Produktion. Was nun?«:

► www.extranet.igmetall.de

- Aktive
- Betriebsrat
- Kurzarbeit
- Arbeitshilfen

☞ | direkt 4 | 2009

ment. Oder Risikobewertungen werden nicht mehr überblickt – wie bei den faulen Papieren der Banken.

Stellenabbau und Standortschließungen sind für Unternehmensleitungen strategische Optionen, aus Arbeitnehmersicht jedoch die größten Risiken. Möglichkeiten, im Sinne der Arbeitnehmer Einfluss auf das Risikomanagement zu nehmen, bieten der Aufsichtsrat, der es kontrollieren soll, und der Wirtschaftsausschuss. Der Ausschuss kann die Risikomanagement-Berichte einfordern (§ 106,3 BetrVG). Der Betriebsrat kann seine Bedenken äußern (§92 a) und selbst Vorschläge machen. Der Arbeitgeber muss sie mit ihm beraten.

Betriebsräte sollten sich nicht auf das Risikomanagement des Unternehmens verlassen, sondern immer, nicht nur in AGs, eigene Risikobewertungen vornehmen. Sie sollen nicht den Job der Geschäftsführung machen, aber bei wichtigen Themen ihre eigenen Konzepte einbringen, orientiert an »Besser statt billiger«-Strategien. ■

ARBEITSRECHT

Mehr Schutz vor Entlassung mit Betriebsrat

Das Arbeitsrecht schützt Beschäftigte auch in Zeiten der Krise. Kündigungsschutz und andere Regelungen verhindern, dass der Arbeitgeber sie kurzerhand vor die Tür setzen kann. Sozialpläne können den Jobverlust zumindest etwas mildern. Zu diesem Ergebnis

Infos

Den ausführlichen Bericht gibt es hier:

► www.boeckler.de

- Böckler Impuls
- Archiv
- Ausgabe 04/2009

kommt ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung. Die Analyse zeigt aber auch: Ohne einen Betriebsrat laufen viele Bestimmungen ins Leere. Deshalb empfiehlt der Bericht, gerade in Krisenzeiten nicht ohne Not auf einen Betriebsrat zu verzichten. ■

Aus Fehlern lernen – Appell für eine andere Wirtschaftspolitik

Die »grenzenlose Profitgier« darf nicht weiter die Wirtschaft bestimmen. Die Gesellschaft muss Lehren aus der Krise ziehen. Im »Frankfurter Appell« fordert die IG Metall eine neue Politik. Jeder kann den Appell unterschreiben.

»Die Krise ist kein schicksalhaftes Naturereignis«, sagte Detlef Wetzels, der Zweite Vorsitzende der IG Metall, als er den »Frankfurter Appell« vorstellte. Sie sei Ergebnis »einer zügellosen Marktwirtschaft«, in der schnelle und höhere Rendite oberste Richtschnur wirtschaftlichen Handelns wurde. Viele hätten daran mitgewirkt. Es sei an der Zeit, sie zu benennen, und öffentlich über Ursachen, Konsequenzen und Lehren aus der Wirtschaftskrise zu diskutieren.

Die IG Metall fordert von den Akteuren, Verantwortung für die Krise zu übernehmen.

Der Bundestag soll einen Untersuchungsausschuss bilden, der die Finanzmarktkrise untersucht und Schlussfolgerungen daraus zieht.

Bankvorstände sollen die Finanzierung der Firmen sichern und daran mitwirken, die Finanzmärkte zu regulieren. Die Unternehmensvor-

stände werden aufgefordert, ihre Unternehmensstrategien auf langfristige Ziele auszurichten, die sich an sicheren Arbeitsplätzen und sozialen und ökologischen Kriterien orientieren. Ihre »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« sollen die Arbeitgeber beedigen. Sie war vor allem von Gesamtmetall mit Millionenbeträgen gepäpelt worden, um die Öffentlichkeit auf neoliberale Konzepte einzuschwören.

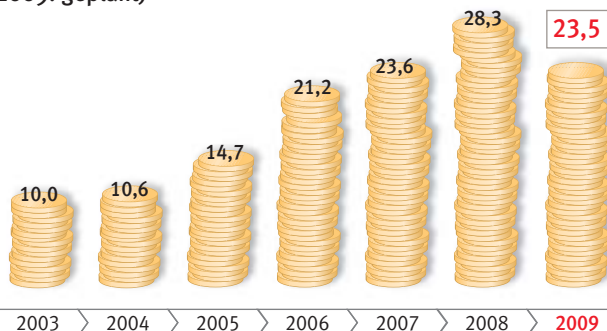
Die Medien, die sich in der Vergangenheit oft zum Sprachrohr neoliberaler Ideologie gemacht haben, fordert die IG Metall auf, kritischer zu berichten. Und die oft nicht unabhängigen Wissenschaftler sollen ehrlich offenlegen, wer sie finanziert. ■

Den Appell kann jeder online unterschreiben. Er findet sich auf der Startseite der IG Metall-Homepage unter:

► www.igmetall.de

2009 gutes Jahr für Aktionäre

Dividenden der DAX-Konzerne in Milliarden Euro (2009: geplant)



Trotz Krise und fallender Aktienkurse wollen die DAX-Konzerne dieses Jahr satte 23,5 Milliarden Euro Dividenden ausschütten.

Quelle: DGB Bundesvorstand

© direkt 4 | 2009



Foto: Privat

Steffen Lehndorff, Wissenschaftler an der Universität Duisburg/Essen, zu familienfreundlicheren und zeitgemäßen Arbeitszeiten.

» Wunsch und Realität klaffen zu oft auseinander. Männer würden meistens lieber kürzer, Frauen länger arbeiten.«

Das Arbeitszeit-Korsett schnürt zu sehr ein

► direkt: Wie »gleichberechtigt« sind eigentlich die Arbeitszeiten in Deutschland?

Steffen Lehndorff: »Wenig. Unsere Untersuchung zeigt, dass Männer ohne Kinder im Schnitt, 39,6 Stunden in der Woche arbeiten, bei zwei Kindern 41,5. Bei Frauen ist der Trend genau umgekehrt: Sind sie kinderlos, arbeiten sie 32,8 Stunden, haben sie zwei Kinder, nur noch 23 Stunden. Männer übernehmen also, wenn Kinder da sind, die klassische Familienernährerrolle, Frauen mit Kindern werden Zuverdienerinnen oder hören ganz auf zu arbeiten. Es gibt einen richtigen Boom bei der Teilzeitarbeit.«

► direkt: Und Männer flüchten lieber vor dem Kindergeschrei in die Arbeit...

Lehndorff: »Sie können sich, wenn sie in der Ernährerrolle sind, besser den Haushaltspflichten entziehen. Aus Umfragen wissen wir aber, dass immer mehr Mütter nach einer Teilzeitphase wieder länger arbeiten wollen. Aber in Deutschland ist es einfacher, in Teilzeit zu gehen als wieder in Vollzeit zu wechseln. Ehegattensplitting, ungenügende Kinderbetreuung und Minijobs halten viele Frauen in schlecht bezahlten Teilzeitjobs. Wer das längere Zeit macht, schneidet sich seine beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten ab. Das ist eine gigantische Qualifikationsvernichtung. Jüngere Frauen sind ja heute im Schnitt qualifizierter als Männer.«

► direkt: Sollten sich Betriebsräte mehr um Gleichstellungspolitik kümmern?

Lehndorff: »Ich finde, ja. Ihnen fehlt auch in der Regel nicht die Einsicht. Sie haben nur genug anderes zu tun.«

► direkt: Wie sollte eine Gleichstellungspolitik aussehen?

Lehndorff: »Betriebsräte sollten junge Mütter und Väter unterstützen, wenn sie zeitweise kürzer und dann wieder länger arbeiten wollen. Und dafür sorgen, dass sie, wenn sie eine Auszeit nehmen, Kontakt zum Betrieb halten, weiter kleinere Arbeiten übernehmen und sich weiterbilden können. Wir müssen von der Idee wegkommen, lebenslang die gleiche Arbeitszeit zu haben. Wir brauchen mehr Beweglichkeit. Die Arbeitszeiten müssen stärker auf die individuelle Lebenssituation abgestimmt werden. Wenn Betriebsräte sich darum kümmern, kann das viel in Bewegung setzen.«

POLITISCHES FORUM

Ökonomie für Menschen

Die Wirtschaft hat sich vollkommen verselbstständigt und zerstört ihre eigene Grundlage, kritisierte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, auf dem gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Forum in Berlin. Er forderte eine »Vergesellschaftung der Ökonomie«. Nur so könne die Wirtschaft ihrem eigentlichen Zweck dienen: Dafür zu sorgen, dass Menschen ein gutes Leben haben. ■

Alle Reden zum Nachlesen:

► www.extranet.igmetall.de
→ IG Metall

SALZGITTER-FORUM

Solidarische Alternative

Um die Krise und ihre politischen Konsequenzen ging es auf dem 16. Salzgitter-Forum der IG Metall Salzgitter-Peine. Etwa 100 Funktionäre diskutierten mit Wissenschaftlern und Politikern. »Solidarische Alternativen in Betrieb und Gesellschaft« statt »sozialer Spaltung«, forderte IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode als Antwort auf die »Krise des Neoliberalismus«. ■

Maschinenbau in der Krise – Personal für Zukunft erhalten

Krise auch im Maschinenbau: 42 Prozent Auftragseinbruch. Druck-, Bau- und Textilmaschinenbau sind besonders betroffen. Experten befürchten zudem Finanzprobleme. Die Perspektive nach der Krise ist jedoch gut. Der Trumpf: die qualifizierten Beschäftigten. Das Ziel der IG Metall: keine Entlassungen.

Nach fünf Boomjahren ist auch der Maschinenbau in der Krise. Laut einer IG Metall-Betriebsräte-Umfrage war schon im Januar die Hälfte der Betriebe stark getroffen, jedoch nach Branchen unterschiedlich: Dem Landmaschinen-, Kraftwerk- und Anlagenbau geht es noch relativ gut – anders als dem Druck-, Textil- und Baumaschinenbau. Während es im Maschinenbau insgesamt Anfang März in 27 Prozent der Betriebe Kurzarbeit gab, waren es bei den Baumaschinen 82 Prozent.

Auf einer Fachkonferenz beim IG Metall-Vorstand Mitte März sprachen Betriebsräte, Wissenschaftler und Arbeitgebervertreter über die Lage des Maschinenbaus. Das doppelte Dilemma: Die hohe Exportabhängigkeit von 76 Prozent. Und die kleinen Betriebe mit im

Tiefer Einbruch

Auftragseingang
im Maschinenbau

Januar 2008

139,3

Juli 2008

128,7

Oktober 2008

110,1

Januar 2009

77,1

Index Jahr
2005=100

Quelle: Statistisches
Bundesamt, IG Metall

© direkt 4 | 2009

Schnitt etwa 200 Beschäftigten auf die zusätzlich zum Auftrags-einbruch auch bald eine Kreditklemme zukommen könnte.

Langfristig gute Chancen. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Wissenschaft sind sich einig: Der deutsche Maschinenbau hat trotz Konkurrenz Perspektiven. Der Vorteil: hohe Qualität, Flexibilität und Technologieführerschaft – durch qualifizierte Beschäftigte. Die müssen an Bord bleiben, fordert IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode. »In der Krise ist immer auch nach der Krise. Eine kurz-sichtige Personalpolitik können wir uns nicht erlauben.«

Ein Problem: niedrige Organisationsgrade. Die will die IG Metall steigern, um in der Krise für fast eine Million Beschäftigte handlungsfähiger zu sein. ■

Infos und Material:

► www.igmetall.extranet.de
→ Branchen
→ Maschinenbau

Gut gemacht!

Deutsche Mitbestimmung nach Europa exportiert

Bei MAN handelte die IG Metall eine gute Vereinbarung für europäische Mitbestimmung aus

Auf europäischer Ebene sind die Mitbestimmungsrechte oft recht bescheiden. Bei MAN ist der IG Metall nun eine beispielhafte Vereinbarung gelungen. »Wir haben die deutsche Mitbestimmung nach Europa exportiert«, sagt Julia Cuntz vom Bereich Betriebspolitik beim IG Metall Vorstand. Da die MAN AG gerade zu einer

europäischen Aktiengesellschaft umgebaut wird, musste sie mit den Arbeitnehmern über die Mitbestimmung im Aufsichtsrat und auf Betriebs-ebene über einen europäischen Betriebsrats verhandeln. Dabei konnte die IG Metall deutlich mehr Rechte aushandeln als in vielen anderen Vereinbarungen. Statt einer Sitzung pro

MATERIAL

Die gesamte Vereinbarung können Interessierte im Extranet nachlesen.

► www.extranet.igmetall.de
→ Aktive

Jahr hat der europäische Betriebsrat Anspruch auf zwei. Er hat ein erweitertes Informationsrecht. Es gibt Gastmandate für Nicht-EU-Länder Schweiz und Türkei sowie einen geschäftsführenden Ausschuss, der sechs Mal pro Jahr tagt. »Mit dieser Ausstattung kann der SE-Betriebsrat wirklich effektiv arbeiten«, sagt Julia Cuntz. ■

KÜNDIGUNG

Vertragsstrafe hängt vom Einzelfall ab

Grundsätzlich können Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsvertrag eine längere Kündigungsfrist vereinbaren als das Gesetz nach § 622 BGB vorsieht. Allerdings muss die Frist für beide Seiten gleich lang sein. Es ist auch zulässig, die längere Kündigungsfrist durch ein Vertragsstrafeversprechen abzusichern. Es gibt zwar keine Höchstgrenze für die Vertragsstrafe, sie darf aber den Arbeitnehmer nicht unangemessen benachteiligen. Wann dies zutrifft, hängt vom Einzelfall ab. Dabei spielen sowohl die Dauer der Kündigungsfrist als auch die Nachteile eine Rolle, die dem Arbeitgeber bei Nichteinhalten der Frist entstehen. ■

BAG vom 25. September 2008 – 8 AZR 717/07

ARBEITSLOSENGELD II

Weniger Geld nach Zahlung einer Abfindung

Abfindungen gehören zum Einkommen. Sie können den Bezug von Arbeitslosengeld II vermindern. Das entschied das Bundessozialgericht im Fall eines Mannes, der seit 2003 arbeitslos war. Mit seinem früheren Arbeitgeber schloss er im April 2005 einen Vergleich ab. Darin verpflichtete sich der Arbeitgeber, ihm für den Verlust des Arbeitsplatzes eine Abfindung zu zahlen. Nach Auffassung des Bundessozialgerichts durfte der Grundsicherungsträger die Abfindung als Einkommen berücksichtigen und die Leistungen mindern. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, eine Abfindung zu zahlen. Für ihn ist es aber gleichgültig, wofür sie verwendet wird. ■

BSG vom 3. März 2009 – B4 AS 47/08 R

Mehr Wissen

Sozial in der Praxis

Soziale Verantwortung schreiben sich inzwischen viele Unternehmen auf ihre Fahnen. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Und was kann der Betriebsrat tun? Über die »OECD-Leitsätze in der betrieblichen Praxis« will das DGB-Bildungswerk vom 19. bis 20. Mai in Hamburg mit Betriebsräten diskutieren. Fragen beantwortet:

► **Bianca Kruber,**
bianca.kruber@dgb-
bildungswerk.de
Tel.: 0211 – 43 01-371

Der neue »Kittner«

Alles Wichtige rund ums Arbeits- und Sozialrecht bietet der aktuelle Kittner. In seiner Neuauflage informiert er auch über Neuerungen wie das Pflegezeitgesetz. Außerdem bietet er Checklisten und zahlreiche Grafiken.

Michael Kittner:
»Arbeits- und Sozialordnung«, Bund-Verlag, Frankfurt, 2009,
Preis 24,90 Euro.

► **www.bund-verlag.de**

ABFINDUNG

Bei Anspruch auf Rente darf gekürzt werden

Betriebsparteien können im Rahmen eines Sozialplans vereinbaren, dass Arbeitnehmer, die eine vorzeitige Altersrente beziehen können, von diesem Zeitpunkt an weniger oder gar keine Abfindung bekommen. Sie verstoßen nicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, wie ihn die Betriebsverfassung vorsieht. Es handelt sich auch dann nicht um eine unzulässige Alters- oder Geschlechtsdiskriminierung, wenn der vorzeitige Bezug einer Altersrente vom Geschlecht, vom Alter oder von beidem abhängt. ■

BAG vom 30. September 2008 – 1 AZR 684/07

INSOLVENZGELD

Lohnverzicht mindert Anspruch nicht

Im Fall einer Insolvenz können Arbeitnehmer Anspruch auf höheres Insolvenzgeld haben, auch wenn sie zuvor weniger verdient haben. Haben sie etwa in einem Restrukturierungsarbeitsvertrag auf Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld verzichtet, können diese Teile dennoch zur Berechnung des Insolvenzgeldes herangezogen werden. Allerdings nur, wenn diese Lohnbestandteile im Insolvenzzeitraum erarbeitet wurden – also in den drei Monaten vor der Insolvenz.

Dies entschied das Bundessozialgericht im Fall eines insolventen Küchenherstellers. Die IG Metall-Bezirksleitung in NRW hatte mit ihm einen Restrukturierungsarbeitsvertrag abgeschlossen. Nachdem der Insolvenzantrag bekannt wurde, kündigte sie ihn und machte für die Beschäftigten die ursprünglichen Ansprüche geltend. ■

BSG vom 4. März 2009 – B 11 AL8/08 R

ARBEITSSENTGELT

Schadensersatz, wenn Zielvereinbarung fehlt

Arbeitnehmer können Anspruch auf Zahlung von Schadensersatz haben, wenn eine Zielvereinbarung nicht zustandekommt und ihnen dadurch Geld entgeht. Dazu muss im Arbeitsvertrag vereinbart worden sein, dass ein variables Bruttoentgelt gezahlt wird, wenn der Arbeitnehmer ein mit dem Arbeitgeber vereinbartes Ziel erreicht hat. Versäumt der Arbeitgeber, eine solche Zielvereinbarung mit dem Beschäftigten abzuschließen, muss er Schadensersatz leisten. ■

BAG vom 10. Dezember 2008 – 10 AZR 889/07

ARBEITSZEIT

Betriebsrat muss einer Verlängerung zustimmen

Erhöht ein Arbeitgeber die Arbeitszeit einer Teilzeitbeschäftigten deutlich, reicht es nicht aus, den Betriebsrat darüber zu informieren. Der Betriebsrat muss der Erhöhung zustimmen. Diese Ansicht vertrat das Bundesarbeitsgericht im Fall einer Beschäftigten, deren Arbeitszeit von 20 auf 37,5 Stunden pro Woche erhöht worden war. Diese Verlängerung stelle eine zustimmungspflichtige Einstellung dar. ■

BAG vom 9. Dezember 2008 – 1 ABR 74/07

MITBESTIMMUNG

Zustimmung nur schriftlich verweigern

Verweigert ein Betriebsrat die Zustimmung zu einer Umgruppierung, muss er dies schriftlich tun. Die Erklärung muss dauerhaft lesbar, die erklärende Person genannt und der Schluss erkennbar sein. ■

BAG vom 9. Dezember – 1 ABR 79/07

❖ Stellenangebote

Die IG Metall-Verwaltungsstelle Neuwied sucht zum 1. Januar 2010 **eine Erste Bevollmächtigte, Kassiererin und Geschäftsführerin** oder **einen Ersten Bevollmächtigten, Kassierer und Geschäftsführer**. Die Vollzeitstelle ist unbefristet. Die Wahl soll in der Delegiertenversammlung am 22. September (spätestens am 8. Dezember) erfolgen. ■

Die IG Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart sucht **eine Volljuristin** oder **einen Volljuristen**. Die unbefristete Vollzeitstelle ist so schnell wie möglich zu besetzen. Die Bewerbungsfrist endet am 20. April. ■

Mehr Infos zu den Stellen:

- www.extranet.igmetall.de
 - IG Metall
 - Stellenausschreibung

❖ Material

Wie sich Belastungen durch Schichtarbeit verringern lassen, zeigt die Arbeitshilfe **»Gute Arbeit im Schichtbetrieb«**. Betriebsräten bietet sie einen Überblick über rechtliche Grundlagen und eine Einschätzung betrieblicher Umsetzungsstrategien. ■

Bestellen oder Download:

- www.extranet.igmetall.de
 - Themen
 - Arbeit und Betrieb
 - Gute Arbeit
 - Material
 - Schichtpläne

Die IG Metall-Broschüre **»Verkauft und verraten – Wie selbst ernannte »Gewerkschaften« Arbeitnehmer und ihre Interessen missachten«** zeigt auf, wie Teile der Arbeitgeber mit Hilfe der Pseudogewerkschaften die gewerkschaftliche Solidarität untergraben. ■

Download oder Bestellen:

- www.extranet.igmetall.de
 - IG Metall

Was die Welt bewegt

Schießen ist nur ein Sport. Das wissen wir von den Schützenvereinen. Wie der »Spiegel« berichtete, erschoss 2008 ein Jäger im Saarland seine Ehefrau, ein Jäger in Niedersachsen seine Ex-Freundin und den Hund, ein Jäger in NRW einen Kneipengast, ein Jäger in Hessen einen Mann, der angeblich in einen Kleingarten einbrechen wollte und ein anderer Jäger in Hessen seinen Nachbarn, mit dem er sich immer gestritten hatte. Es ist wie mit den Schäferhunden: Die benutzen zwar ihre Zähne, wollen aber fast immer nur spielen.

Mit der Peitsche statt mit einer modernen Waffe oder seinen Zähnen wollte Peer Steinbrück die bockigen Schweizer überre-

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

den, ihre Steueroase trocken zu legen. Denn der deutsche Staat braucht Steuern. Das interessiert den Schweizer christdemokratischen Abgeordneten Müller aber nicht. Ihn erinnerte Steinbrück mit seinem Domina-Requisit an jene »Deutschen, die vor 60 Jahren mit Ledermantel, Stiefel und Armbinde durch die Gassen gegangen sind«. 1949? Na ja, wenn Banker schon nicht rechnen können, warum sollen es dann Politiker können.

Hart ging es nach einem Bericht der »Rhein-Pfalz« früher in der Arbeitswelt zu: Um ihren Vater Fritz (vermutlich Krupp) zu besuchen, ritt »Bertha durch die Arbeiter der Krupp-Werke hindurch.« ■

